

Das Magazin SEMANA veröffentlichte am 17.01.2015 eine Analyse des Politologen und Journalisten León Valencia zur Haltung des Militärs zum Friedensprozess und zu einer Feuereinstellung seitens der Regierung:

Der Schlüssel liegt bei den Streitkräften

Es ist kein Geheimnis, dass es die Streitkräfte waren, die bei Beginn der Friedensverhandlungen in Havanna darauf bestanden, dass es keine beiderseitige Feuereinstellung geben sollte, solange keine Schlussakte zum Friedensschluss unterschrieben sei. Sie behaupteten, sie befänden sich in der Offensive und könnten der FARC Schläge versetzen, die diese zu einer flexibleren Haltung am Verhandlungstisch veranlassen würden. Es war ein Argument der Stärke.

Im Laufe der Zeit erfuhr man auch, dass es in den Streitkräften Gruppierungen gab, die mit einer Verhandlungslösung des Konflikts nicht einverstanden waren, und dass diese Gruppierungen es wagten, Beziehungen zu Expräsident Uribe anzubahnen und sich der Obstruktion des Dialogs zu widmen. Sie glaubten, man sei einem militärischen Sieg über die Guerrilla nahe und dass sich dadurch eine bequemere und gelasseneren Haltung hinsichtlich der Zukunft der Angehörigen der Streitkräfte ergäbe. Dieses Argument hatte jedoch wenig Sinn für die Realität.

Heute sehen sich Militär und Polizei Kolumbiens einer der größten Herausforderungen in ihrer Geschichte gegenüber. Es handelt sich darum, die Regierung Santos in loyaler und transparenter Weise auf dem Weg zu einer beiderseitigen Waffenruhe zu begleiten, und zwar vor der Unterzeichnung eines Schlussabkommens und gleichsam im Vorfeld dazu. Dies impliziert eine Änderung der Einstellung jener, die in gutem Glauben für eine offensive Haltung gegenüber der Guerrilla eintraten, weil dies der bessere Weg hin zu einer Unterzeichnung und danach zu einer Demobilisierung wäre. Ferner impliziert es eine totale Unterordnung jener, die auf einen militärischen Sieg bauten und in all den vier Jahren der Kontakte und Verhandlungen gegen den Friedensprozess agierten, unter das politische Mandat.

Personen, die dem Militär nahestehen, sagten mir, ich sollte keine Zweifel hegen bezüglich der Professionalität der Sicherheitskräfte und bezüglich ihrer Verpflichtung auf den Friedensprozess. Mir wurde versichert, die Vertreter des Militärs beteiligten sich mit ganzem Engagement an den Verhandlungen über eine beiderseitige Waffenruhe. Ich glaube ihnen das. Viele Jahre stand ich in Diskussionen mit hohen Militärs und konnte feststellen, dass die große Mehrheit der Offiziere intelligent genug ist, die Veränderungen im bewaffneten Konflikt zu begreifen und sich daran anzupassen.

Die Veränderungen der Realität sind augenfällig. Die FARC hat einen einseitigen Waffenstillstand verkündet und ihn eingehalten, während sie gleichzeitig ihre Führung in Havanna versammelte. Daher hat sie ein überragendes Interesse, die Unterschrift unter ein Schlusssdokument zu beschleunigen und so den letzten Abschnitt der Verhandlungen zu bewerkstelligen, während in den Regionen Ruhe herrscht. Gleichzeitig hat die ELN (zweitgrößte Guerrillabewegung in Kolumbien; A.d.Ü.) auf einer beiderseitigen Waffenruhe bestanden und verkündet, sie werde keine einseitigen Maßnahmen treffen, womit die Bereitschaft der Regierung, mit der FARC über eine beiderseitige Waffenruhe zu verhandeln zu wollen, zu einem unwiderstehlichen Augenzwinkern wird.....

Aus der Opposition hat man sehr harte Stimmen gegen eine bilaterale Waffenruhe gehört, bis hin zu der Behauptung, eine solche Maßnahme sei verfassungswidrig. Man will die Leute glauben machen, es handele sich um eine Entmachtung der Streitkräfte auf eine präsidiale Anordnung hin, die der Bevölkerung den Schutz entzöge und sie den Gewalttätigen ausliefere. Nichts davon trifft zu. Es handelt sich ganz einfach um eine Reaktion von Santos auf die einseitige und definitive Feuereinstellung der FARC in Form des Verzichts auf offensive Aktionen gegen die Guerrilla seitens der Staatsmacht. Das heißt nicht, man werde sich aus bestimmten Territorien zurückziehen. Mehr noch: Falls die Guerrilla- aus welchen Motiven auch immer- feindselige Aktionen gegen die Bevölkerung oder die Streitkräfte unternimmt, bleibt es die Pflicht der Staatsorgane, Bevölkerung und Staat zu verteidigen.

Klar ist, dass eine beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten integraler Bestandteil einer Demobilisierung und Entwaffnung zu sein hat. Sie stellt den ersten Schritt dar. Deswegen muss sie definitiv sein. Ihre Befolgung muss Teil der Aufgaben einer von mehreren Kommissionen sein, die regelmäßig Bericht darüber erstatten muss, wie auch später über die Demobilisierung und die komplette Entwaffnung der Guerrilla und ihre Überführung ins Zivilleben.

Die Beteiligung von Militär und Polizei an diesen Entscheidungen garantiert ein gutes Konzept und eine effektive Durchführung der Beendigung der Feindseligkeiten. Sie trägt ferner dazu bei, die Zeit nach dem Konflikt sicherer zu machen und erzeugt ein dem Ansehen der Streitkräfte förderliches Klima, das durch zweifelhafte Aktionen während des Krieges gelitten hat. Damit kommt es zu einer großzügigen und würdigen Behandlung der Angehörigen von Streitkräften und Polizei durch die kolumbianische Gesellschaft und die internationale Gemeinschaft.